

# Wirtschaftspolitik



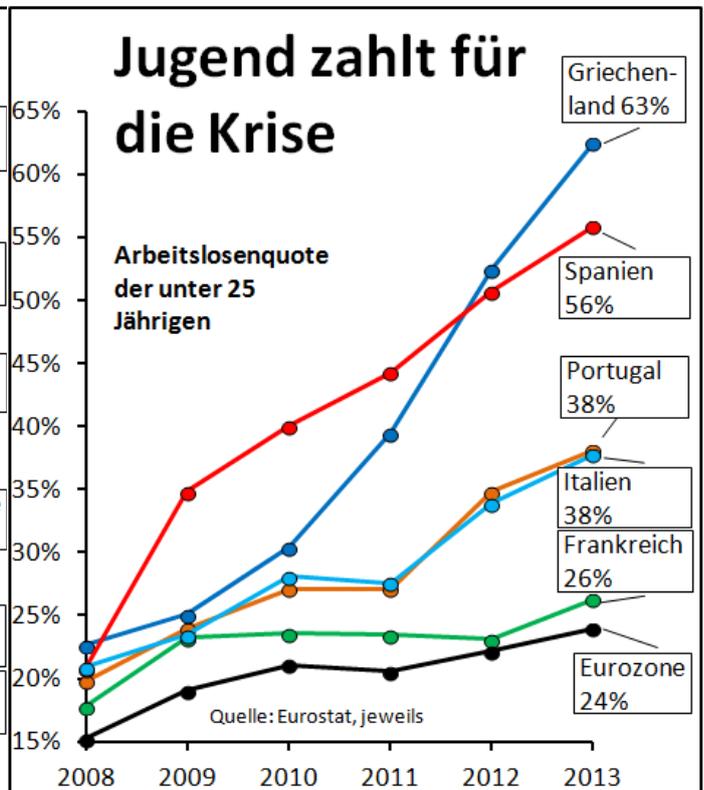
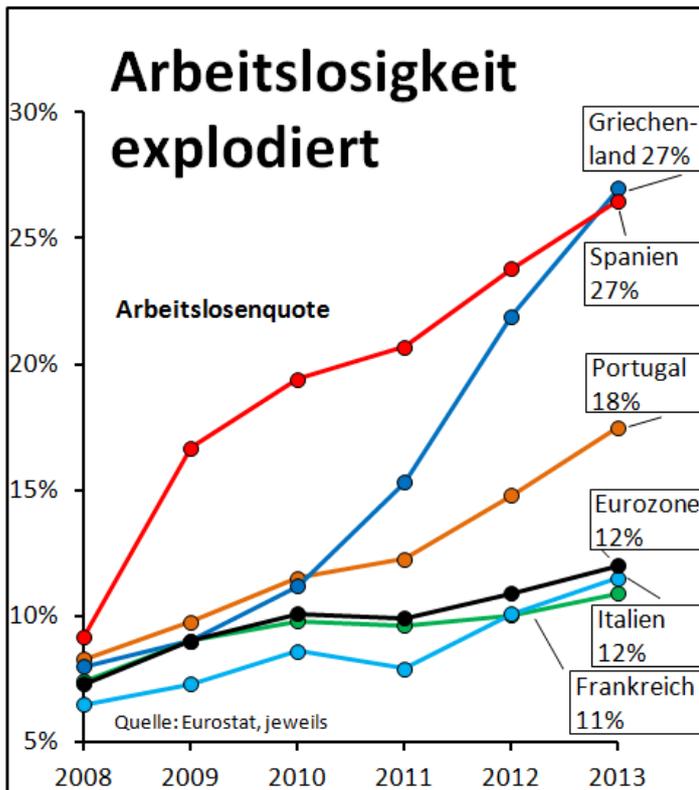
Michael Schlecht, MdB  
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion  
www.michael-schlecht-mdb.de  
Juni 2013

**DIE LINKE.**

# Merkel gefährdet Europa

„Die Eurokrise ist vor allem eine Staatsschuldenkrise“, so Kanzlerin Merkel. Es gäbe zu viele Staaten, die schlicht über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Wenn sie über die Ursachen der

Staatsschulden spricht, ergeht sie sich in Denunziation: Es sei zu viel für Soziales ausgegeben, den Forderungen maßloser Beschäftigter im öffentlichen Dienst und nimmersatter Rent-

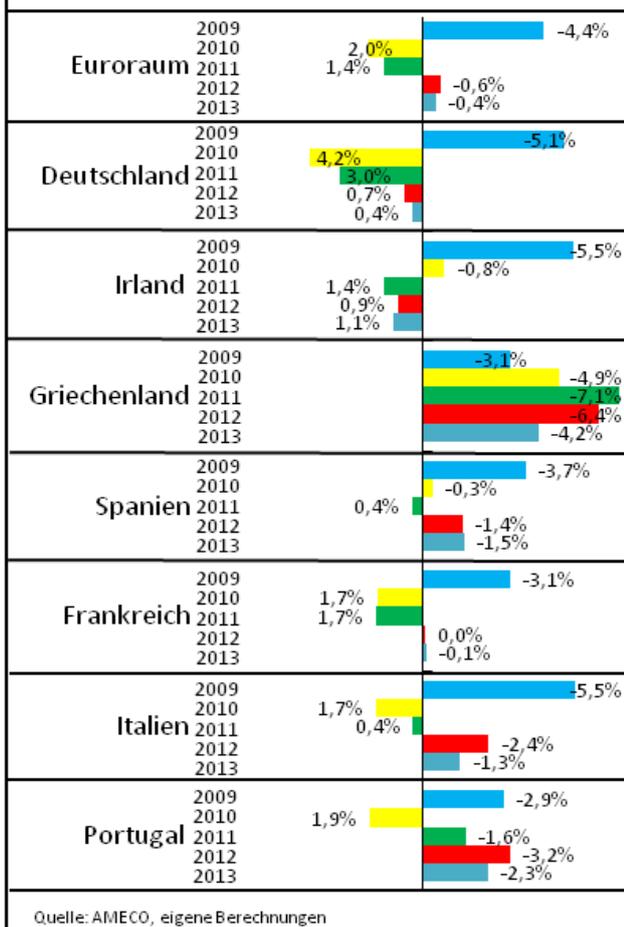


Im März 2013 waren über 19 Millionen Menschen in der Eurozone arbeitslos gemeldet. Das waren knapp fünf Millionen mehr als fünf Jahre zuvor vor Ausbruch der Krise. Viele Arbeitslose werden in der Statistik nicht erfasst; die tatsächlichen Zahlen dürften höher liegen.

Besonders betroffen vom wirtschaftlichen Einbruch sind die Jugendlichen in den Krisenländern. Im März 2013 waren über 3,5 Millionen Jugendliche in der Eurozone arbeitslos gemeldet. Das waren über eine Million mehr als fünf Jahre vor Ausbruch der Krise.

## Europa bricht ein

Das zweite Jahr in Folge wird mit die Wirtschaft im Euroraum schrumpfen.



nerinnen und Rentnern leichtfertig nachgegeben worden.

Die eigentlichen Ursachen der Staatsverschuldung werden von der deutschen Regierung aber auch von SPD und Grünen ignoriert. Bankenrettung und Außenhandelsungleichgewichte sind hier die Stichworte; dazu weiter unten.

Merkels Rezept gegen die Staatsverschuldung: Kürzen auf Teufel komm raus. Die deutsche Schuldenbremse ist mit dem Fiskalpakt in verschärfter Form nach Europa exportiert worden. Eine Neuverschuldung ist nur noch in minimaler Höhe erlaubt und die Schuldenstandsquote von höchstens 60 Prozent muss in allen Ländern in den nächsten 20 Jahren erreicht werden.

Mit diesen mechanischen Kürzungsvorschriften droht der europäische Sozialstaat zu Grabe getragen zu werden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird massiv stranguliert, so wie unter Kanzler Brüning in den 1930er Jahren.

Die deutsche Politik ist so zur größten Gefahr für die Eurozone und für Europa geworden. Verhängnisvoll ist, dass nicht nur Merkel mit ihrer schwarz-gelben Regierungskoalition für den Kurs rigorosen Kürzungen, der Austerität steht, sondern auch die SPD und die Grünen. Alle Beschlüsse des deutschen Bundestages, die massive Austeritätsforderungen als Bedingung für Kredite beinhalteten sind weitgehend von SPD- und Grünen-Abgeordneten mit getragen worden. Nur DIE LINKE hat immer diesen verhängnisvollen Weg abgelehnt.

Die Austeritätspolitik umfasst immer zwei Schritte. Zum einen werden die Ausgaben der Staatshaushalte zusammengestrichen. Betroffen sind vor allem soziale Leistungen, Rentnerinnen und Rentner sowie die Bezahlung und die Verringerung der Staatsbeschäftigten.

Zum anderen werden die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte auch der privaten Wirtschaft verschlechtert. Zu dem Arsenal der Maßnahmen gehören verschiedene Formen der Deregulierung: Leiharbeit und Werkverträge sowie Befristungen ausweiten, Gewerkschafts- und Tarifrecht einschränken. Mindestlöhne werden gänzlich verweigert, wie in Deutschland oder sie werden reduziert. Der Kündigungsschutz wird verschlechtert. Generell wird die Lebenssituation der Beschäftigte unsicherer und sie werden eingeschüchert und diszipliniert. Das Resultat: Die Löhne, gerade auch in der Privatwirtschaft werden abgesenkt.

Die deutsche Politik hat dies mit der Agenda 2010 vorgemacht: Reallohnsenkungen von drei Prozent zwischen 2000 und 2009 waren zu verzeichnen. Merkel, ihre Regierungskoalition, in großen Teilen auch SPD und Grüne sehen das deutsche Modell mit seinem Lohndumping als Vorbild: „Unser Geschäftsmodell ist erfolgreich, weshalb sollten wir da etwas ändern? Die anderen müssen Reformen machen,“ so der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Joachim Pfeiffer. Und der Fraktionsvorsitzende Kauder ergänzt: „In Europa wird jetzt deutsch gesprochen!“ Deutschland sei ein Land der „Stärkeren“. In der Tat: Deutschland ist „stark“ beim Lohndumping, es ist „stark“ bei den prekären Jobs. Diese „Stärke“ soll exportiert, und damit

durch ein gesamteuropäisches Lohn- und Sozialdumping der Rest der Welt niederkonkurriert werden. So die Vorstellung, die Europa in die Katastrophe zu führen droht.

### Rettungsringe aus Blei

Das erste Land, das seine überbordende Verschuldung nicht mehr alleine stemmen konnte, war **Griechenland**. Die EU und der IWF gaben einen ersten Kredit in Höhe von 110 Milliarden Euro verteilt auf drei Jahre, weitere folgten. Der IWF wurde auf Drängen von Merkel mit ins Boot geholt, weil dort die „Experten“ sitzen, die über große Erfahrung und Kenntnisse bei der Umsetzung von Austeritätsprogrammen verfügen. Gerade in der dritten Welt zieht der IWF seit Jahrzehnten eine Blutspur von sozialen Grausamkeiten hinter sich her. Diese „Expertise“ wollte Merkel. Griechenland musste zunächst einen und in der Folge mehrere „Rettungsringe aus Blei“, also massive Austeritätsprogramme akzeptieren.

Ursprünglich ging die Regierung davon aus, dass Griechenland 2011 saniert sei. Jedoch führte die erzwungene Austeritätspolitik in die eigentliche Katastrophe. Selbst die Hoffnung, dass im Jahr 2016 das Land sich wieder am Kapitalmarkt finanzieren kann, dürfte trügen.

Griechenland erleidet jetzt das fünfte Jahr hintereinander einen Einbruch der Wirtschaft. Seit 2008 ist die Wirtschaftsleistung um mehr als 25 Prozent weggebrochen.

Die Arbeitslosigkeit ist auf 27 Prozent gestiegen. Besonders betroffen sind junge Leute, da zweidrittel von ihnen ohne Job sind.

Die Verbrauchsteuern wurden erhöht, Benzin zum Beispiel um zehn Prozent. Die Mehrwertsteuer erhöhte die Regierung von 21 auf 23 Prozent.

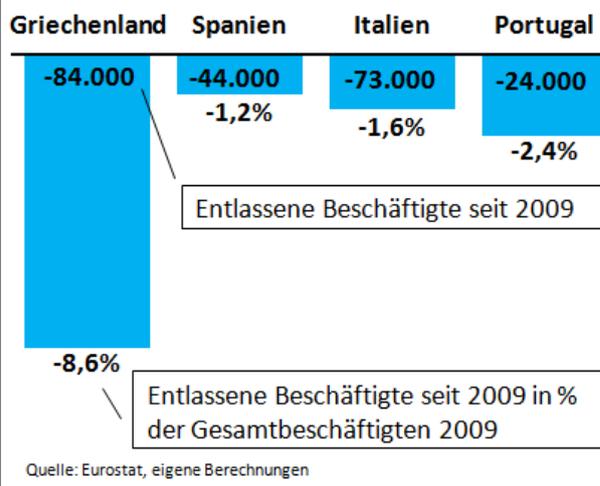
Im öffentlichen Dienst wurden rund neun Prozent der Beschäftigten entlassen; mehr als 80.000. Weitere Zehntausende sollen folgen. Bezogen auf Deutschland entspräche dies über 800.000 Entlassenen.

Die verbleibenden Beschäftigten mussten Lohneinbußen bis zu 50 Prozent hinnehmen. Auch im Privatsektor wurden die Löhne massiv unter Druck gesetzt. Es gilt nun ein Vorrang von

## Öffentlicher Dienst wird abgeschrieben

Michael Schlecht, MdB  
**DIE LINKE.**

Zu den Kürzungsprogrammen gehört auch ein Stellenabbau im öffentlichen Dienst. In Griechenland sind bereits 84.000 Menschen entlassen worden. Das waren knapp neun Prozent der Beschäftigten aus dem Jahr 2009.

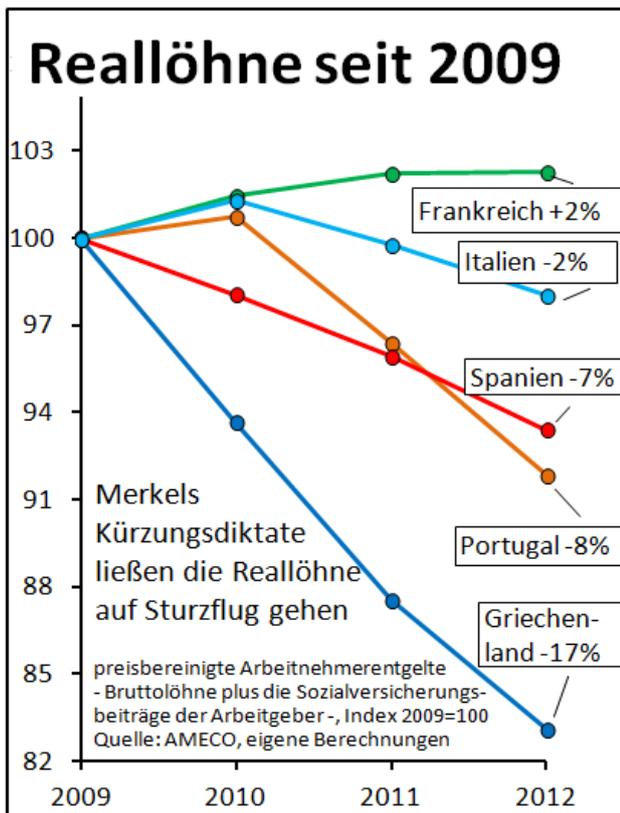


Haus- vor Branchentarifverträgen. Damit werden die Beschäftigten verschärft gegeneinander ausgespielt. Der Kündigungsschutz wurde entwertet. Die Entrechtung der Beschäftigten zeigt Wirkung, die Löhne sanken in den Keller. Der Reallohnverlust seit 2009 beträgt 17 Prozent.

Das zweite Land, das im Mai 2011 unter die Knute der Troika kam, war **Portugal**. Auch diesem Land wurden massive Kürzungsprogramme aufgeherrscht. Nach den Erfahrungen mit Griechenland war die unmittelbare Folge absehbar: Die Krise verschärfte sich massiv. Die Wirtschaftstätigkeit brach 2012 mit Minus 3,2 Prozent doppelt so stark ein wie 2011.

Die sozialen Folgen sind dramatisch. Die Arbeitslosenquote stieg auf 18 Prozent, bei jungen Leuten auf nahezu 40 Prozent. Die Sozialausgaben steigen und die Steuereinnahmen gehen zurück.

Jüngst hat das Verfassungsgericht bestimmte Kürzungen bei Beamten und Rentner sowie die Abgaben auf Arbeitslosenhilfe und Krankengeld als verfassungswidrig erklärt. Die ausfallenden 1,8 Milliarden an Kürzungen will die Regierung in Vasallentreue in den Bereichen soziale Sicherheit, Bildung und Gesundheit wegkürzen.



Portugal wird nicht – wie von der Troika „geplant“ – 2014 sich wieder am privaten Kapitalmarkt refinanzieren können. Vielmehr dürfte das nächste „Rettungspaket“ mit einer weiteren Verschärfung der Kürzungsaufgaben anstehen.

Griechenland und Portugal wurde die Austeritätspolitik gewaltsam von der Troika und der dahinter stehenden deutschen Regierung aufgezwungen, weil ihnen sonst die „Hilfskredite“ nicht gewährt worden wären. Aber auch in Ländern wie Italien und Spanien, die nicht unter der unmittelbaren Knute der Troika stehen, wurden von den jeweiligen Regierungen massive Austeritätsprogramme aufgelegt. Sie haben aus Furcht vor den Finanzmärkten reagiert bzw. sich den Regeln des europäischen Fiskalpaktes und dem Druck der Europäischen Zentralbank gebeugt.

**Italien** hat unter der Regierung Monti mit massiven Kürzungen die wirtschaftliche Rezession verschärft. 2012 ging es um 2,4 Prozent ins Minus, 2013 ist ein weiterer Rückgang um 1,3 Prozent prognostiziert. Die drittgrößte Ökonomie der Eurozone steckt damit in der längsten Rezession seit 20 Jahren.

Seit 2008 ist die Industrieproduktion um rund ein Viertel eingebrochen. Auch hier gilt: Steuereinnahmen sinken, Sozialausgaben steigen,

obwohl sie bereits gekürzt wurden und damit erhöht sich die staatliche Neuschuldung.

Die Arbeitslosigkeit liegt bei 12 Prozent, die der Jugend bei nahezu 40 Prozent.

Die Staatsverschuldung liegt mittlerweile bei 130 Prozent. Sie ist nach Griechenland damit die zweithöchste in der Eurozone.

Auch in **Spanien** kürzt die Regierung beständig weiter trotz wegbrechender Ökonomie. Die Arbeitslosigkeit ist genauso dramatisch wie in Griechenland. 27 Prozent beträgt die Arbeitslosenquote und bei den jungen Leuten liegt sie bei nahezu 60 Prozent.

Die Kürzungspolitik führt vor allem zu einer schwierigen Haushaltssituation. Das Defizit wird 2013 auf knapp sechs Prozent anwachsen und die Staatsverschuldung sich in Richtung der 100 Prozentmarke bewegen.

### Staatsschulden – wegen Banken- und Konjunkturrettung

Vor Beginn der großen Krise 2007 stiegen europaweit in den meisten Ländern die Staatsausgaben nicht stärker an als das Sozialprodukt. In den heutigen Krisenländern Spanien und Irland schrumpften sogar die Lasten der Staatsverschuldung gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes.

Erst als die europäischen Krisenmanager unter Führung von Merkel und Sarkozy die Verluste der Banken sozialisierten, explodierten die öffentlichen Schulden. Darüber hinaus mussten die Staaten in der Krise teure Konjunkturpakete schnüren und Arbeitslosigkeit finanzieren.

Die Bankenrettung und die Konjunkturprogramme in Europa finanzierten die Regierungen auf Pump. In den Jahren 2008 bis 2011 wurden 4,5 Billionen Euro zur Stützung der Banken aufgewandt. In der EU stiegen die Staatsschulden in diesem Zeitraum um 24 Prozent. Ein Anstieg um 3,2 auf 10,5 Billionen Euro. Die Schuldenstandsquote erhöhte sich von 59 auf 83 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

In Spanien verdoppelte und in Irland verfünffachte sich die Schuldenquote. Nur weil Wall Street und Frankfurter City die Folgekosten des Erdbebens an den Finanzmärkten auf die Öff-

fentlichkeit abwälzen konnte, stecken die staatlichen Retter nicht im Schuldensumpf.

Auch in Deutschland steigen die Staatsschulden. Unter einer schwarz-gelben Regierung! Für Bankenrettungen wurden seit 2008 knapp 400 Milliarden Euro ausgegeben und damit die deutschen Staatsschulden massiv auf jetzt 2,1 Billionen Euro aufgebläht. Die Steuergeschenke an Reiche und Konzerne aus den Jahren 2001 bis 2011 belaufen sich zusammengerechnet auf rund 600 Milliarden Euro.

### Staatsschulden – Wegen Außenhandelsdefiziten

Die Handelsbeziehungen in Europa sind seit Einführung des Euros ungleicher geworden. Seit 2002 weist Deutschland immer dramatischere Leistungsbilanzüberschüsse aus. Bis 2012 haben sich diese auf 1,4 Billionen Euro summiert. Neben Deutschland gibt es nur noch die Niederlande und einige kleinere Euroländer, die auch regelmäßig mit Überschüssen aufwarten können.

Viele Länder in der Eurozone gehören mittlerweile zu den Defizitländern bei der Leistungsbilanz. Bei einigen waren diese Defizite bei Einführung des Euros unbedeutend, so zum Beispiel bei Italien. Andere Länder wie Frankreich hatten zunächst noch einen Überschuss. Aber

selbst bei unserem westlichen Nachbarn ist die Leistungsbilanz seit 2005 ins Minus gerutscht.

Die Folgen dieser Entwicklung sind dramatisch: Verkauft ein Land – so Deutschland – dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland als es von dort einkauft, führt dies spiegelbildlich in den anderen Ländern zu einer immer größeren Verschuldung der privaten Haushalte, der Unternehmen und letztlich des Staates.

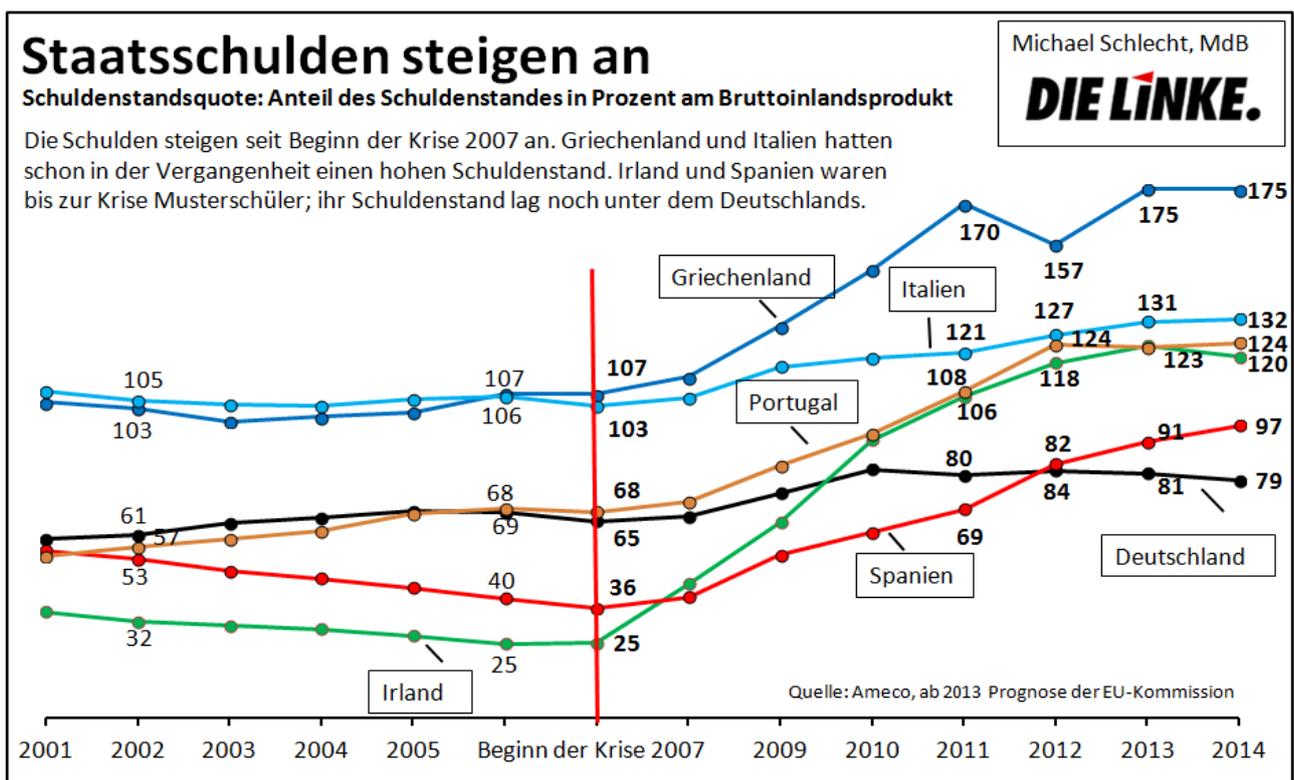
#### Außenhandelsbilanz Deutschland

**Warenhandel:** Überschuss 2000 bis 2012 rund 1,9 Billionen Euro.

**Warenhandel und Dienstleistungen** (auch **Außenbeitrag** genannt): Überschuss 1,5 Billionen Euro.

**Die Leistungsbilanz** ergibt sich, wenn zusätzlich noch die mit dem Ausland getätigten Einkommen- und Vermögensübertragungen hinzugerechnet werden: Der Überschuss beträgt dann 1,4 Billionen Euro.

Wenn sich Unternehmen und private Haushalte im Ausland immer mehr verschulden, haftet am Ende der Staat. Wenn viele Kredite faul werden, kommt es zu Banken Krisen und in deren Folge zu sinkender Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen. Das zerrüttet die Staatsfinanzen. Der Staat muss mehr für die Konjunktur tun, da



Bürgern und Unternehmen das Wasser bis zum Hals steht. So führten die Defizite in der Außenhandelsbilanz bei vielen Ländern der Eurozone zu einem Anstieg der Staatsverschuldung.

**Mit Lohnkürzungen wettbewerbsfähig werden?**

Die Diagnose für den herrschenden Mainstream, vor allem für Merkel war und ist klar: Die Länder mit Außenhandelsdefiziten sind nicht ausreichend wettbewerbsfähig. Deutschland habe mit der Agenda 2010 vorgemacht, wie Wettbewerbsfähigkeit mit hohen Außenhandelsüberschüssen erreicht werden kann.

Nach diesem Vorbild wurden mit der europaweiten, vor allem in den südlichen Länder durchgesetzten Austeritätspolitik die Löhne gesenkt. Dies führte zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition, sodass die Export stiegen. Für Italien und Spanien kann man dies zeigen.

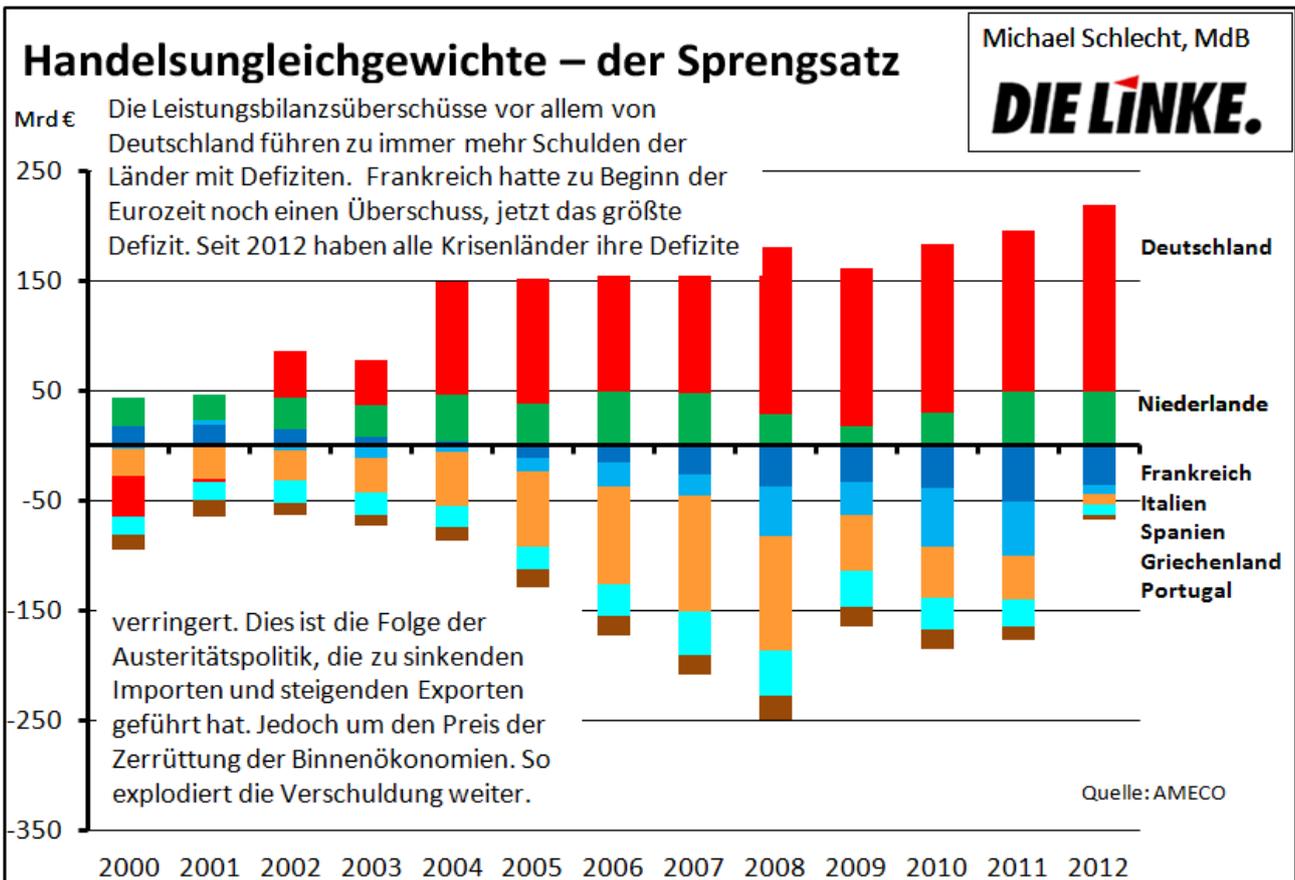
Gleichzeitig wurde mit den Lohn-, aber auch Sozialkürzungen die Nachfrage, die Kaufkraft massiv beschnitten und damit auch die Importe. In dieser Scherenbewegung zwischen tendenziell steigenden Exporten und sinkenden Importen wurden die Leistungsbilanzdefizite verrin-

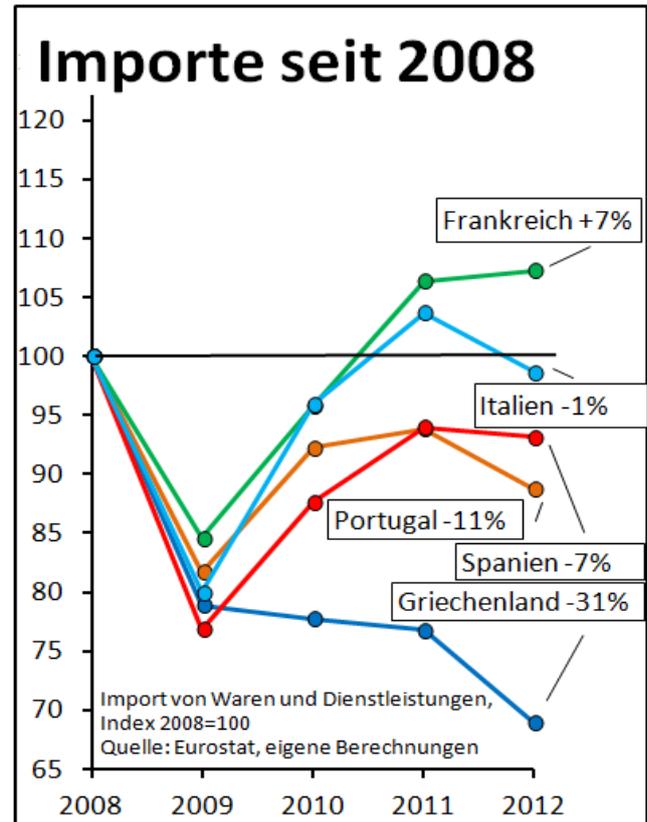
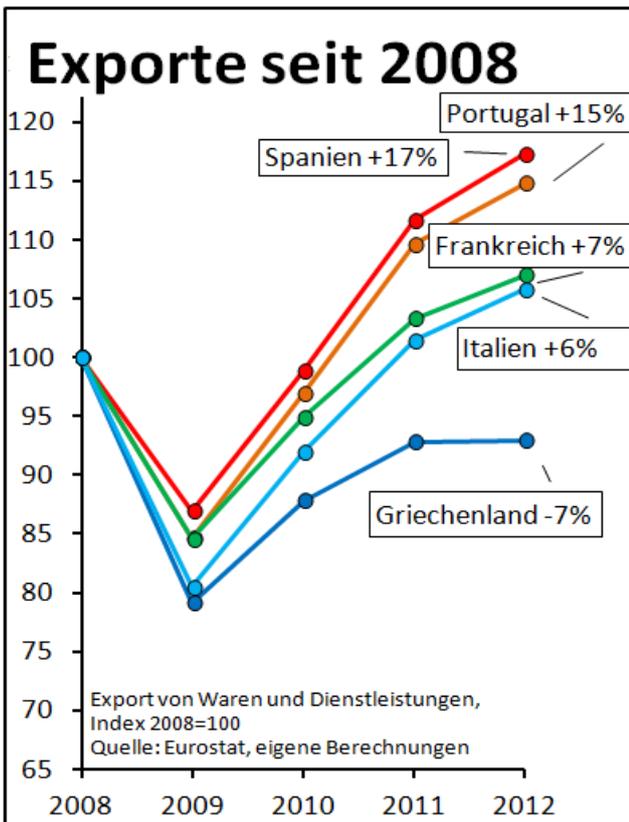
gert. Schaut man auf die Handelsbilanz – in der Waren und Dienstleistungen erfasst sind –, dann haben Länder wie Italien und Spanien 2012 sogar zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder einen Außenhandelsüberschuss erzielt.

*Wir haben eine unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Da stellt sich die Frage: Wollen wir vorne mit dabei sein, oder wollen wir uns durch eine schnelle Haftungsunion in der Mitte treffen und dann alle von den Weltmärkten und den Schwellenländern abgekoppelt sein? Das wollen wir nicht! Ich möchte, dass wir wettbewerbsfähiger werden.*

*Kanzlerin Merkel im Bundestag, 12. September 2012*

Einzige Ausnahme ist Frankreich, das sich dem deutschen Kürzungsdiktat noch nicht gebeugt hat. Bei unserem westlichem Nachbarn sind die Defizite 2012 in etwa genauso hoch wie in den Jahren zuvor. Frankreich ist in der Eurozone das Land mit dem ausgeprägtesten Außenhandelsdefizit. Deshalb werden auch vonseiten der deutschen Politik den Franzosen mit Häme und Bevormundung weitreichende „Strukturefor-

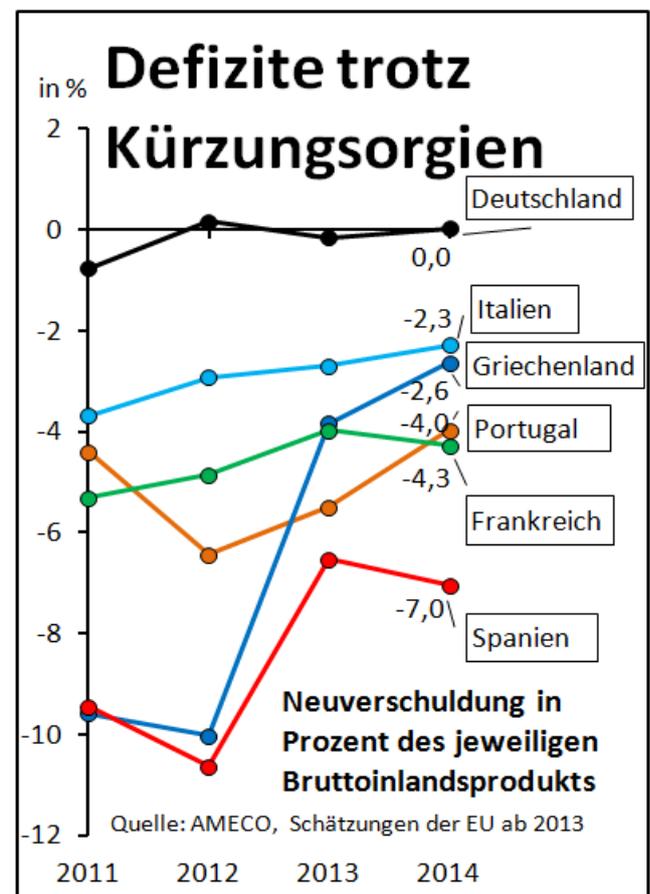




men“, vor allem des Arbeitsmarktes á la Agenda 2010 empfohlen. Nur so könne Frankreich wieder wettbewerbsfähig werden und nicht zum drohenden europäischen Problemfall.

Dies sind Ratschläge, die Frankreich und damit Europa noch weiter in die Rezession führen. Am Beispiel von Italien, Spanien und der anderen Länder zeigt sich dies deutlich. Sie haben zwar ihre Außenhandelsposition verbessert und damit die Verschuldung gegenüber dem Ausland gebremst. Der Preis dafür ist jedoch eine strangulierte Wirtschaft und Rekordarbeitslosigkeit. Massiver Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage in ohnehin geschwächten Ökonomien lässt diese in die tiefe und sich verfestigende Rezession abrutschen. So sinken Steuereinnahmen, trotz Erhöhung der Steuersätze und Sozialkosten steigen trotz beständiger Kürzung der Sozialleistungen. Die Neuverschuldung bleibt bis 2012 hoch. Ob 2013 wirklich ein Rückgang zu verzeichnen sein wird, wie es die EU-Kommission prognostiziert, bleibt abzuwarten. Viele Vorhersagen haben sich in der Vergangenheit als zu optimistisch erwiesen. Bis 2011 stieg die Zunahme der Verschuldung der Krisenländer durch das Außenhandelsdefizit und die Bankenrettung. Seitdem steigt sie wei-

ter durch die Rezession. So bleibt die Neuverschuldung gemessen an den Anforderungen des Fiskalpaktes weiter viel zu hoch. Der Teufel wurde mit dem Beelzebub ausgetrieben.





*Wir, die Bundesrepublik Deutschland, haben gegenüber vielen europäischen Ländern Exportüberschüsse. Wenn dies auf erhöhter Wettbewerbsfähigkeit beruht, darf dies natürlich nicht zum Gegenstand von Klagen werden, sondern muss begrüßt werden. ...*

*Wir haben klargestellt, dass Handlungsbedarf vor allem bei den Ländern mit Wettbewerbsschwächen besteht; denn Konvergenz in der Euro-Zone darf natürlich nicht Annäherung an die Schwächeren sein, sondern muss immer an den Stärkeren unter uns ausgerichtet sein, damit Europa als Ganzes wettbewerbsfähig bleibt.*

*Kanzlerin Merkel im Bundestag, 24. März 2011*

Gerade die Eurokrise zeigt, dass dieses Vorgehen nicht beständig verlängerbar ist. Es würde in einer Weltwirtschaftskrise enden. Das wäre das Ergebnis, wenn Merkels Strategie zu Ende gedacht wird.

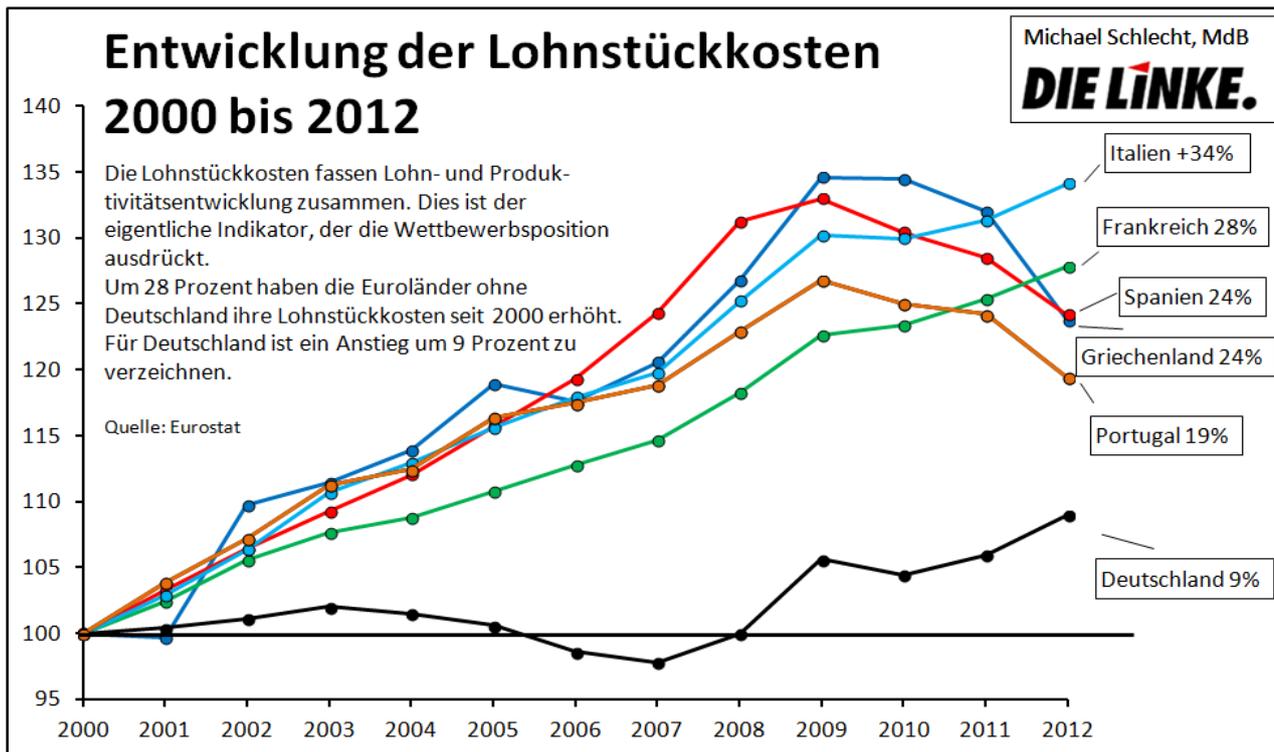
**Ursachen der Ungleichgewichte**

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist in einem Währungsraum ohne Wechselkursanpassung neben den Löhnen die Steigerung der Produktivität entscheidend. Die Ökonomen fassen beides in den Lohnstückkosten zusammen.

Von 2000 bis 2012 sind sie im Durchschnitt der Eurozone ohne Deutschland um 28 Prozent gestiegen, in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei neun Prozent! Daraus folgt, dass die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmer gemessen an den Lohnstückkosten gegenüber den anderen Ländern, sich um nahezu 20 Prozentpunkte verbessert hat. Vor wenigen Jahren, zum Beispiel 2010, war der Abstand noch größer.

Die Entwicklung der Produktivität in der Eurozone ist nicht entscheidend für das Auseinanderdriften der Lohnstückkosten. Der Anstieg seit 2000 lag bei allen Krisenländern des Südens, Frankreich und Deutschland relativ dicht bei 13 bis 15 Prozent. Einzig Italien fällt aus dieser Entwicklung heraus: dort ist nur ein Anstieg der Produktivität von drei Prozent für die letzten 12 Jahre zu verzeichnen.

Entscheidend für die sehr geringe Steigerung der deutschen Lohnstückkosten ist die deutsche Lohnentwicklung. Der Reallohn für einen durchschnittlich verdienenden Beschäftigten fiel von 2004 mit der Umsetzung der Agenda 2010 und der Ausweitung des Hunger- und Niedriglohnbereiches. Unter Berücksichtigung der leichten Lohnsteigerung der letzten Jahre beträgt das Minus gegenüber dem Jahr 2000 immer noch rund ein Prozent. Die Beschäftigten verdienen



im Durchschnitt also weniger als vor 12 Jahren – trotz Anstieg der Produktivität. Wäre diese berücksichtigt worden bei den Erhöhungen, so müssten die durchschnittlichen Löhne in Deutschland heute um rund 15 Prozent höher liegen. Rund eine Billion Euro an Einkommen und damit letztlich auch an Kaufkraft wurde den Beschäftigten vorenthalten. Es flossen in die Kassen der Unternehmer, der Banken und der Kapitaleigentümer.

Deutschland war bei der Lohnentwicklung bis 2010 Schlusslicht in Europa. Reallohnsenkungen gab es nur hierzulande. In Frankreich lag der Anstieg bei elf Prozent und in Spanien bei neun Prozent.

Noch skandalöser am Lohndumping in Deutschland ist, dass besonders Menschen getroffen wurden, die ohnehin nicht viel verdienen. Den unteren 40 Prozent bei den Einkommen wurden im Vergleich zu 2000 Lohnkürzungen von zehn bis 20 Prozent zugemutet.

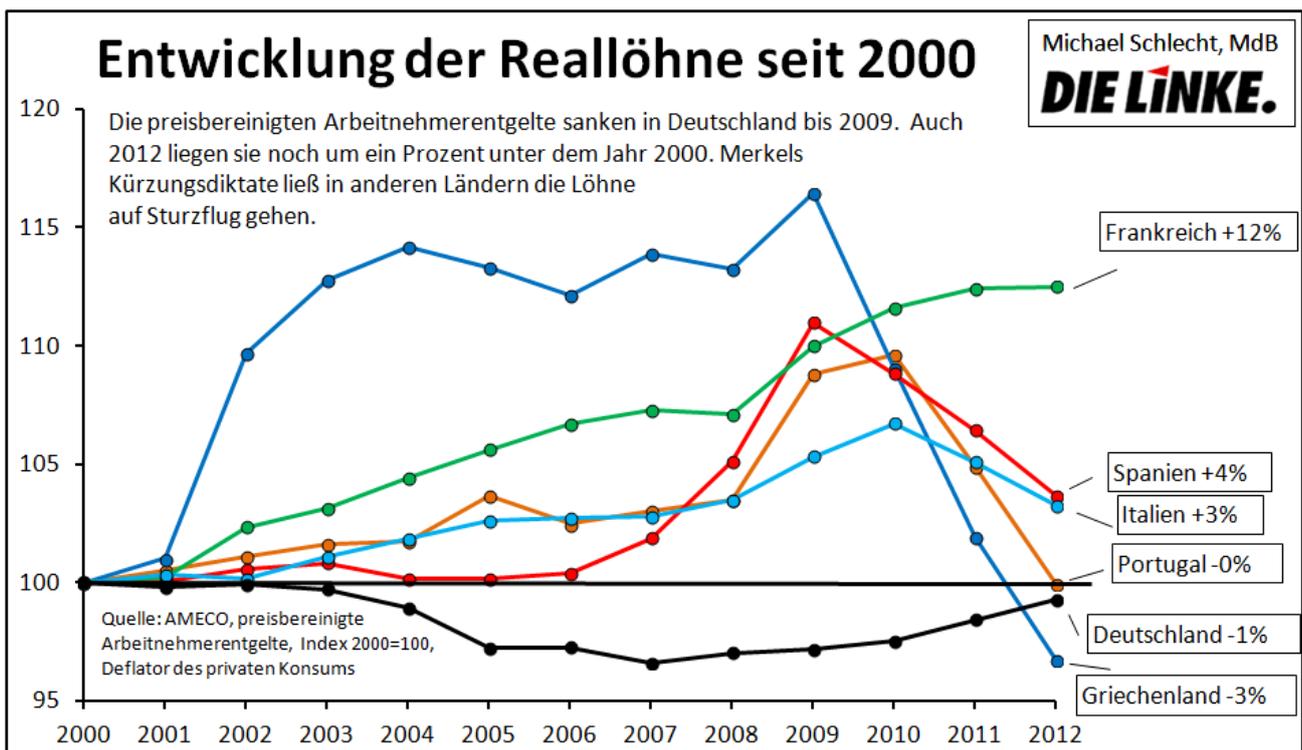
### 1,5 Billionen Exportüberschuss seit 2000

Das Lohndumping führt zu einem doppelten Effekt. Zum einen haben die Unternehmer relativ niedrige Arbeitskosten im Vergleich zu den Wettbewerbern in anderen Ländern. Wenn das auch nicht in jedem Betrieb in vollem Ausmaß der Fall ist, so ergeben sich diese Vorteile auf-

grund niedriger Arbeitskosten bei den Vorprodukten bzw. bei Dienstleistungen. Diese erhebliche Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in Verbindung mit dem zugrunde liegenden hohen technologischen Stand hat die dramatische Ausweitung der Exporte bewirkt. Lag zu Beginn der 1990er Jahre der Exportanteil noch bei etwas mehr als 20 Prozent am Bruttoinlandsprodukt, so wurde er bis heute mehr als verdoppelt und liegt bei 50 Prozent.

Der zweite Effekt des Lohndumpings besteht in einer massiven Dämpfung des privaten Konsums um eine Billion Euro. Zudem wurden die staatlichen Ausgaben beschnitten. Beides bewirkte eine sehr schwache Entwicklung der Binnennachfrage und auch einen geringen Anstieg der Importe. Während in den 1990er Jahren die Importe noch Schritt hielten mit dem Anstieg der Exporte, fallen sie im letzten Jahrzehnt deutlich zurück.

So öffnete sich zwischen Exporten und Importen eine immer größere Schere. Der Außenhandelsüberschuss mit Waren und Dienstleistungen erreicht im Spitzenjahr 2007 170 Milliarden Euro. Nach dem krisenbedingten Rückgang 2009 lag er bereits 2010 wieder bei rund 140 Milliarden Euro und erreichte 2012 150 Milliarden Euro.



Die entstandene Lücke ist so groß, dass der Außenhandelsüberschuss von 2000 bis 2012 in der Summe rund 1,5 Billionen Euro beträgt.

**Euro-Dollar-Wechselkurs**

Das deutsche Lohndumping verschlechterte indirekt die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Mitglieder der Eurozone. Der deutsche Handelsbilanzüberschuss erhöht den Wechselkurs des Euros gegenüber anderen Währungen, insbesondere gegenüber dem Dollar.

*„Während die deutschen Arbeitnehmer seit Beginn der Währungsunion 1999 mit einer schmalen Lohnsteigerung von zwölf Prozent vorlieb nehmen mussten, konnten sich die Luxemburger über 41 Prozent mehr Geld freuen. Wenn man die Inflation mit einbezieht, hat sich das Realeinkommen der deutschen Arbeitnehmer verschlechtert.“*

*Schuld daran seien unter anderem die Hartz-Reformen, die „ganze Teile der Bevölkerung in den Niedriglohnsektor hin abgedrückt“ hätten.*

*Jean Claude-Juncker, Chef der Euro-Gruppe, 11. August 2010*

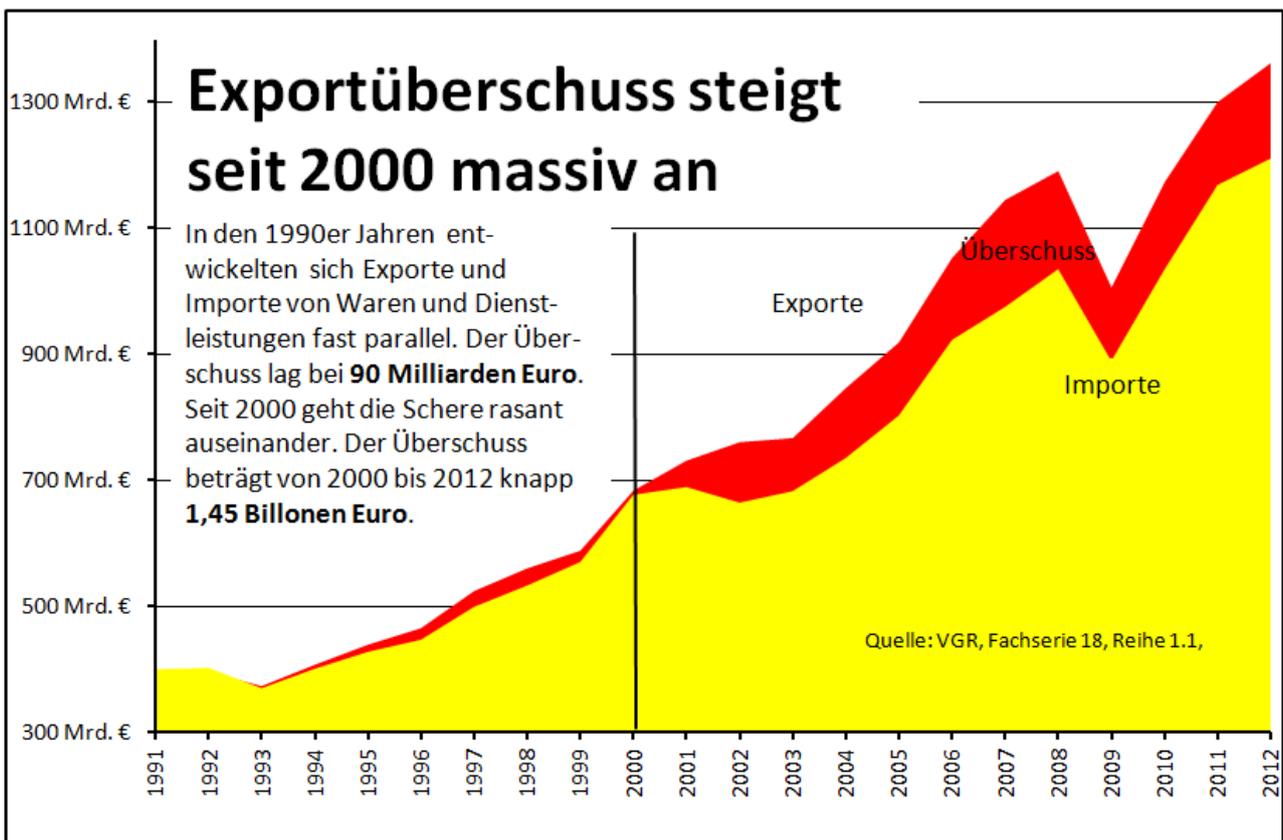
schen 2000 und 2012 um stattliche 380 Prozent. Der größte Teil des Warenhandels außerhalb des Euroraums wird nach wie vor in Dollar abgewickelt. Die Überschüsse führen zu einer Steigerung des Euro-Dollar-Wechselkurses, weil die deutschen Unternehmen die Dollar-Exporterlöse in Euro umtauschen.

Je teurer der Euro gegenüber dem Dollar wurde, desto teurer wurden griechische, spanische, portugiesische und italienische Waren außerhalb des Euroraums. Das ist besonders fatal, diese Länder größtenteils einfache Waren exportiert, deren Nachfrage auf Preisänderungen sensibel reagiert.

Fazit: Für Deutschland war und ist der Außenwert des Euros zu billig und gerade für die Krisenländer zu teuer. Würde Deutschland dagegen durch eine höhere Binnennachfrage mehr importieren, würde sich die Nachfrage nach anderen Währungen erhöhen und der Wechselkurs wäre für die Situation in Deutschland und den anderen Ländern angemessener. So aber wurden die Ungleichgewichte verstärkt und die Verschuldung der Krisenländer im Ausland in die Höhe getrieben.

Der deutsche Exportüberschuss gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone stieg zwi-

Faktisch hat Deutschland von den Außenhan-



delsdefiziten der anderen Länder profitiert. Die Unternehmer konnten sich hinter dem Berg an Defiziten der südlichen Länder verschanzen und aus vollen Rohren in die ganze Welt exportieren, ohne dass dies den Euro gegenüber dem Dollar verteuerte. Das wirkte wie eine Subvention für den deutschen Exportsektor.

**Finanzierung der Außenhandelsdefizite**

Der deutsche Außenhandelsüberschuss führte in vielen Ländern der Eurozone zu beständig anwachsenden Außenhandelsdefiziten.

Diese Defizite sind nur möglich, wenn sie vom Ausland durch Kredite finanziert werden. Dadurch verschulden sich die Defizitländer beständig gegenüber dem Ausland, vor allem gegenüber den ausländischen Banken.

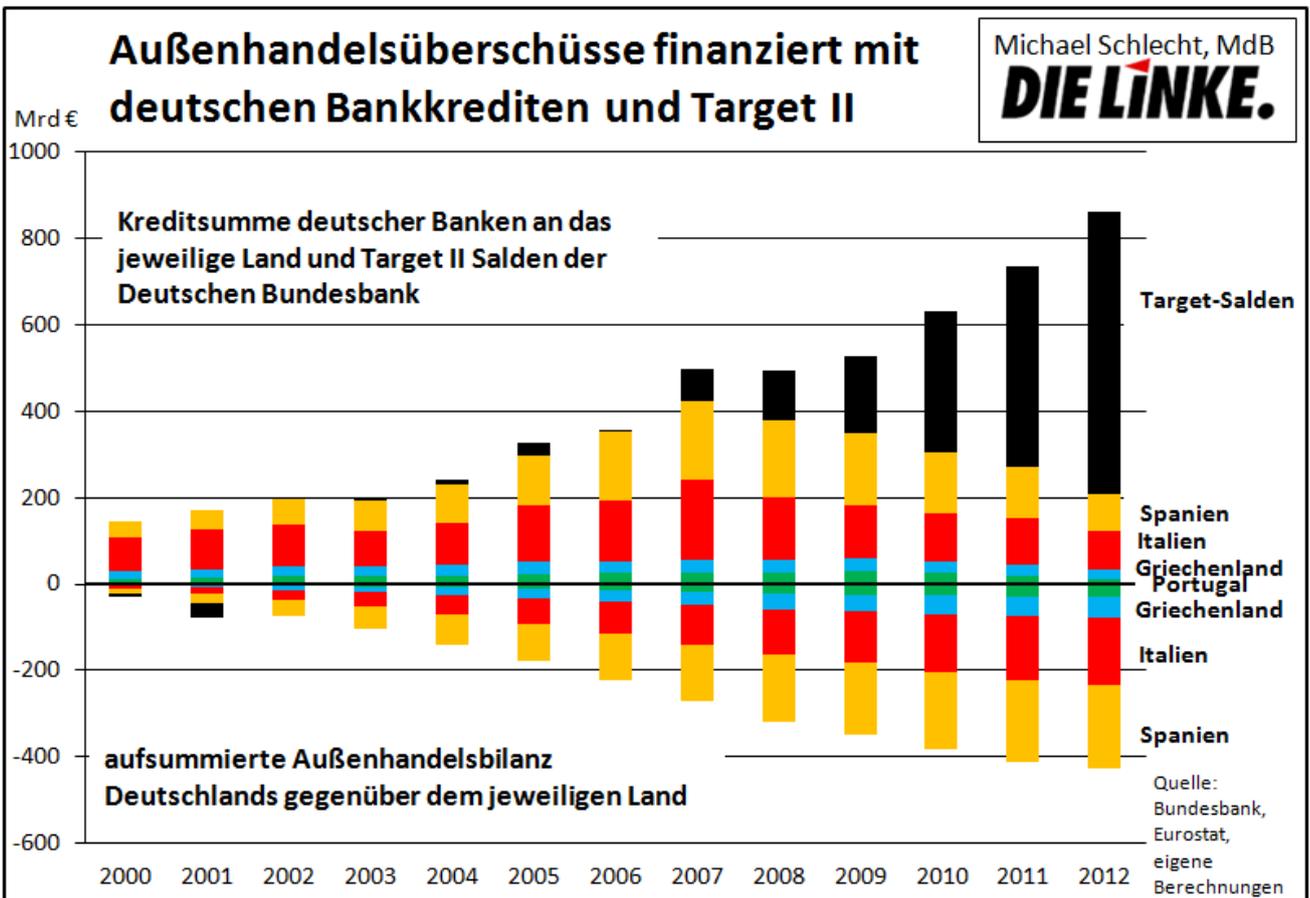
Dieses Geschäft haben sich in der Vergangenheit insbesondere deutsche Banken nicht nehmen lassen. Zur Finanzierung der von Deutschland verursachten Außenhandelsdefizite reisten die Herren mit den schwarzen Koffern nach Athen, Rom, Madrid und in weitere Hauptstädte. Aus der Sicht des Jahres 2000 war die Vergabe von Krediten gerade an die anderen europäi-

schen Staaten für Banker hochinteressant, weil Staatsanleihen als absolut risikolose Anlage galten und deshalb für diese Anlagen keine teure Risikovorsorge vorgeschrieben war.

Spiegelbildlich mit dem Anstieg der Außenhandelsdefizite wuchs die Kreditvergabe deutscher Banken. Ab dem Jahr 2008 ging die Kreditvergabe der Banken zurück. Dies war Resultat der allgemeinen Krise, dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass den Bankern das Geschäft mit den südeuropäischen Ländern zunehmend unsicherer erschien.

*Die Bankenkrise ist zu einem erheblichen Teil die Krise der Finanzierung der deutschen Außenhandelsüberschüsse.*

Trotz rückläufiger Bankkredite müssen die Schulden finanziert werden. Die Lücke wird von den jeweiligen Zentralbanken der Defizitländer über das Target2-System geschlossen. Deutsche Banken hatten in der Spitze 2007 gut 400 Milliarden Euro Kreditaußenstände in den vier südeuropäischen Krisenländern. Dies wurde auf 250 Milliarden Euro bis 2011 abgebaut.



Dahinter verbergen sich zum Teil Abschreibungen aber insbesondere auch Rückzahlungen. Letztere wurden nur möglich, weil die jeweiligen Länder von der EU und dem IWF „gerettet“ wurden. Die Milliarden dienten fast vollständig dazu, die Ansprüche der deutschen und anderen Banken zu befriedigen.

### **Das große Risiko: Kollaps des Euro**

Viele Kommentatoren gehen davon aus, dass die größten Gefahren der Eurokrise überwunden seien. Dies ist nicht der Fall. Gerade mit der massiven ökonomischen Krise der EU, vor allem in den südlichen Euroländern, wachsen die Risiken. Die kleineren Länder wie Griechenland, Irland und Portugal konnten noch von der EU finanziell aufgefangen werden. Richtig gefährlich wird es, wenn ein größeres Land wie Italien, Spanien oder sogar Frankreich grundlegende Probleme bekommen sollten. Bricht in unkontrollierter Weise die Währungsunion auseinander und kommt es zu neuen nationalen Währungen, sind die Folgen gerade auch für Deutschland dramatisch. Eine neue deutsche Währung würde abrupt um 30 bis 40 Prozent, manche schätzen sogar 50 Prozent aufwerten. Schlagartig wäre die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der deutschen Exportwirtschaft dahin. Die konkreten drohenden Folgen sind schwer abzuschätzen. Geht man von einer Aufwertung um 30 Prozent aus, so müsste mit einem Einbruch der Industrieproduktion um acht Prozent und des Bruttoinlandsproduktes von sechs Prozent gerechnet werden. Rund 900.000 Arbeitsplätze wären bedroht.

Sollte es zur Aufwertung um 40 Prozent kommen, dann würde das Bruttoinlandsprodukt um neun Prozent abstürzen. Weit mehr als eine Million Arbeitsplätze – 1,3 Millionen – wären gefährdet.

Auch die politischen Folgen wären dramatisch: Mit dem Euro steht und fällt der europäische Integrationsprozess. Sicher, wir sind weit entfernt von einem sozialen Europa. Aber wenn der bisher erreichte Stand der europäischen Integration – auch mit all seinen Schattenseiten – zerfällt, ist der Weg zu einem sozialen und solidarischen Europa allemal verbaut. Die

Rückkehr zu einem Europa der Nationalstaaten droht dann auf der politischen Agenda zu stehen.

Und man frage sich doch einmal, welche Denkweise dem gut qualifizierten, fleißigen schwäbischen Facharbeiter – der zum Beispiel bei Daimler-Benz die S-Klasse zusammenbaut – zuwächst, wenn er mit vielen anderen Kolleginnen und Kollegen im Zuge eines Kollapses des Euros seinen Job verliert. Welche Erklärungsmuster drängen sich auf? Welche Verstärkung drohen dann national-chauvinistische Anschauungen zu erlangen?

### **Was getan werden muss**

#### **Stopp der Austeritätspolitik – sozial-ökologisches Zukunftsprogramm!**

Die brutale, krisenverschärfende Kürzungspolitik muss beendet werden. DIE LINKE will einen sofortigen Stopp der Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen sowie der Massenentlassungen. Vielmehr ist vor allem für die Krisenländer ein Wiederaufbauprogramm der Wirtschaft wie der Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg notwendig.

Der französische Präsident Francois Hollande, der italienische Ministerpräsident Enrico Letta oder der Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, fordern in unterschiedlichem Umfang Wachstumsimpulse für die Wirtschaft. Jedoch sind die Ansätze viel zu verhalten und letztlich wird gleichzeitig der Austeritätspolitik das Wort geredet. Man kann jedoch nicht Gas geben und gleichzeitig bremsen. Hollande bereitet neben Wachstumsimpulsen faktisch die Übernahme der deutschen Agenda 2010 mit Lohn- und Rentenkürzungen in seinem Land vor.

Ein sogenannter Wachstumspakt ist aber nur glaubwürdig, wenn die beschlossenen Maßnahmen vom Volumen her und der zeitlichen Wirkung dazu geeignet sind, Europa, vor allem die Krisenländer von der Rezession zu befreien und für ein nachhaltiges Wachstum zu sorgen. Eine bloße Aufstockung der Kreditvergabekapazität der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 60 Milliarden ist bei Weitem nicht ausreichend. Gemessen an der Wirtschaftsleistung

der Europäischen Union von 12,7 Billionen Euro sind das lediglich 0,5 Prozent.

Außerdem steht die EU auch unabhängig von der aktuellen Krise vor enormen gesellschaftlichen Aufgaben. Die Umstellung der Wirtschaft auf weitestgehend umweltschonende Produktion und eine Energiewende sind existenzielle Menschheitsaufgaben, die keinen Aufschub mehr dulden.

Wir brauchen ein europaweites sozial-ökologisches Zukunftsprogramm im Umfang von mindestens 600 Milliarden Euro jährlich. Dies entspräche einem Anteil von fünf Prozent an der europäischen Wirtschaftsleistung. Deutschland leistet seit mehr als 20 Jahren Aufbauhilfen von drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die neuen Bundesländer. Ihr Bevölkerungsanteil beträgt rund 20 Prozent. Derjenige der vier südeuropäischen Krisenländer – Griechenland, Portugal, Italien und Spanien – beträgt jedoch nahezu 40 Prozent der Einwohner der Eurozone. Folglich muss der Aufwand für ein sozial-ökologisches Zukunftsprogramm höher sein; fünf Prozent dürften eher die untere Marke darstellen.

Eine seriöse Finanzierung des 600-Milliarden-Zukunftsinvestitionsprogramms für Europa ist mittels der Abschöpfung des riesigen privaten Vermögens einer kleinen Minderheit von Superreichen möglich: In der EU stehen 40 Billionen Euro Vermögen der privaten Haushalte 10 Billionen Euro an Schulden der öffentlichen Haushalte entgegen. Für Deutschland fordert DIE LINKE ohnehin eine Millionärsteuer, also die Besteuerung von Vermögen, die größer als eine Million Euro sind. Bei einem Steuersatz von fünf Prozent ist für Deutschland ein Aufkommen von mindestens 80 Milliarden Euro im Jahr zu erwarten. Überträgt man diesen Ansatz auf die gesamte EU, so dürften mindestens 300 Milliarden Euro jährliche Mehreinnahmen zu erzielen sein.

Dies würde ausreichen das Investitionsprogramm von 600 Milliarden Euro zu finanzieren, denn derartige Investitionen bewirken geringere Sozialausgaben und steuerliche Mehreinnahmen. So ergibt sich unter dem Strich ein Selbstfinanzierungseffekt von mindestens 50 Prozent.

Kurzfristig notwendige Anschub- und Umstellungsinvestitionen sollen nicht über den Kapitalmarkt, sondern durch einen Kredit bei einer öffentlichen Bank, die sich direkt bei der EZB refinanziert, dargestellt werden.

### **Sofortmaßnahmen zum Stopp der Eurokrise: Europäische Bank für öffentliche Anleihen**

Die Finanzierung der öffentlichen Haushalte in der Eurozone muss generell von den Finanzmärkten befreit werden. Banken dürfen nicht länger an den hohen Zinsen bzw. der Staatsverschuldung verdienen. Sie leihen sich zu aktuell einem halben Prozent bei der EZB Geld und kaufen damit Staatsanleihen, die von den Steuerzahlern mit einem vielfach höheren Zinssatz bedient werden müssen.

DIE LINKE fordert eine *Bank für öffentliche Anleihen*. Sie könnte sich billiges Geld bei der EZB leihen und ohne Aufschlag an die Euro-Staaten weiterreichen. Neben dem wegfallenden Erpressungspotential des Kapitalmarktes hat das den Vorteil, dass die Zinsen niedriger sind. Außerdem ist dies der einzig wirklich Erfolg versprechende Weg, um die Macht der Ratingagenturen bei der Staatsfinanzierung auszuschalten, indem es keine privaten Finanziere mehr gibt.

### **Abbau der Ungleichgewichte durch Stärkung der Binnenökonomie in Deutschland**

Klar ist, dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte nicht durch Sozial- und Lohnkürzungen ausgeglichen werden können, da so die Zerstörung der Binnenökonomie des jeweiligen Landes droht. Auch von denjenigen, die nicht dieser verhängnisvollen Politik der deutschen Regierung folgen, wird immer wieder gefordert, dass man endlich eine europäische Koordinierung der Wirtschaftspolitik benötige. Dabei wird immer wieder der fatale Anschein erweckt, dass die Krise der Eurozone durch das unkoordinierte Verhalten aller, oder doch zumindest mehrere Mitgliedstaaten verursacht wird. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Entwicklung der Lohnstückkosten zeigt dies deutlich: Alle Länder weisen einen ähnlichen Entwicklungspfad auf. Lediglich Deutschland ist mit seinem Lohndumping und damit einer gedrück-

ten Entwicklung der Lohnnebenkosten einen unfairen Sonderweg gegangen. Der Schlüssel zur Bekämpfung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte ist also nicht in einer wirtschaftspolitischen Kompetenzerweiterung der EU, sondern in einer anderen Politik in Deutschland zu suchen.

Die von Deutschland ausgehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind die zentrale Ursache der Krise. Ohne ihre Überwindung können die Probleme der europäischen Wirtschaft nicht grundlegend gelöst werden.

Zentrale Richtschnur muss die Stärkung der Binnenwirtschaft sein. Dies beinhaltet vor allem noch deutlich höhere Lohnsteigerungen und eine Ausweitung der staatlichen Ausgaben für den sozial-ökologischen Umbau des Landes.

### **Lohndumping in Deutschland beenden**

Die Tarifeinkommen müssen wieder deutlich stärker steigen, sodass nicht nur der verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft wird, sondern darüber hinaus der Lohnrückstand der vergangenen Jahre wieder aufgeholt wird.

Hierzu gehört vor allem, dass die Tarifbindung deutlich erhöht wird. Deshalb ist es notwendig die gesetzlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln zu verbessern.

Die prekäre Beschäftigung muss beendet werden. Wir brauchen eine neue Ordnung in der Arbeitswelt. Sie muss wieder auf die Füße gestellt werden.

Bei der **Leiharbeit** ist der Grundsatz der gleichen Bezahlung zuzüglich einer Flexibilitätsprämie durchzusetzen, sowie weitere Regulierungen. Perspektivisch ist Leiharbeit zu verbieten. **Befristete Arbeitsverhältnisse** dürfen nur in eng begrenzten, sachgrundbezogenen Ausnahmefällen zulässig sein.

**Minijobs** müssen von der ersten Stunde an in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gewandelt werden. Ziel muss sein, dass Teilzeitarbeit nicht unter 18 Stunden in der Woche geleistet wird.

Die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten müssen zusätzlich gesetzlich gestärkt werden. Hierzu gehört die Einführung eines **Ver-**

**bandsklagerechtes**. Dann könnten Gewerkschaften die Einhaltung von Tarifverträgen gerichtlich durchsetzen. Bislang muss dazu ein betroffener Arbeitnehmer selbst aktiv werden. Dies scheitert aber häufig an Unkenntnis über die eigenen Rechte und Angst vor Sanktionen des Arbeitgebers.

Zudem muss es erleichtert werden, Tarifverträge für **allgemeinverbindlich** zu erklären. Zukünftig sollte dafür der Antrag einer Tarifvertragspartei hinreichend sein. Auch der Schutz von Beschäftigten bei einem **Betriebsübergang** ist zu gewährleisten. Bei Wechsel des Inhabers eines Betriebs sollten die alten Tarifverträge, in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben.

Das **Sanktionsregime von Hartz IV** bzw. der Zwang zur Aufnahme jedes noch so mies bezahlten Jobs müssen beseitigt werden. Es ist nicht nur unsozial, sondern führt auch zu Einschüchterung der Beschäftigten. Mit der Angst vor Arbeitsplatzabbau sind diese erpressbar.

DIE LINKE fordert als Sofortmaßnahmen eine bedarfsorientierte repressionsfreie Grundsicherung in Höhe von 500 Euro zuzüglich Kosten der Unterkunft. Dies würde nicht nur die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern, sondern 12 Milliarden Euro zusätzliche Kaufkraft erzeugen.

Der Hunger- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung des gesetzlichen **Mindestlohnes** von 10 Euro. So kann die Lebenslage von fast acht Millionen Beschäftigten verbessert werden und die Einkommen können um 26 Milliarden Euro steigen. Dies wäre ein deutlicher Beitrag zu Stärkung der privaten Binnennachfrage.

### **Gute Rente**

Die ehemalige Rentenformel soll wiederhergestellt werden. Dazu gehört, dass die bislang den Rentnern und Rentnerinnen vorenthaltenen Rentenerhöhungen – im Wesentlichen die sogenannte „Riester-Treppe“ – sofort nachgezahlt wird. Dies wäre eine Erhöhung von vier Prozent. Die Binnennachfrage würde um sieben Milliarden Euro gestärkt.

**Eine gestärkte Binnennachfrage würde nicht nur die Binnenwirtschaft ankurbeln, sondern auch zu höheren Importen führen. So kann ein Beitrag geleistet werden, die Exportüberschüsse abzubauen. Mit mehr deutschen Importen können andere Länder deutsche Exporte kaufen und vor allem auch bezahlen!**

### **Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm**

Zur Stärkung der Binnennachfrage gehört der massive Ausbau des Sozialstaates, der ökologische Umbau und die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen. Deshalb wollen wir ein Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro.

DIE LINKE will zwei Millionen tariflich bezahlte Arbeitsplätze sichern und schaffen. Es gibt genug zu tun. Beim Klimaschutz, dem ökologischen Umbau, bei Erziehung und Bildung für unsere Kinder. Und für die Kranken und Alten wollen wir mehr und bessere Pflege. Der öffentliche Personenverkehr muss verbessert werden, ebenso die Infrastruktur, die an vielen Orten bereits verrottet. Bei den kommunalen Investitionen besteht ein Stau von mehr als 700 Milliarden Euro.

Das Zukunftsprogramm soll dauerhaft sein und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen, allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Die zweite Million soll durch Aufträge des Staates an die Privatwirtschaft entstehen. Mehr Menschen in gut bezahlter Arbeit sind auch ein wichtiger Beitrag zu Stärkung der Binnennachfrage und damit auch der Importe.

Das Zukunftsprogramm führt aber gleichzeitig zu einer Verringerung der Exportabhängigkeit. In vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie würde eine deutliche Steigerung der Nachfrage aus dem Inland entstehen. Denn: Mit dem ökologischen Umbau brauchen wir verbesserte öffentliche Personen-Verkehrssysteme. Oder den Ausbau regenerativer Energieerzeugung. Oder ..., vieles Weitere könnte man hier auflisten. So kann ein Teil der industriellen Exportproduktion durch die Nachfrage aus der Binnenwirtschaft ersetzt werden.

Dies ist vor allem wichtig um die Möglichkeit zu deutlich höheren Löhnen in der Exportindustrie zu befördern. Höher Löhne bedeuten dort auch immer eine Beeinträchtigung der Absatzchancen im Ausland, weil die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Damit ist im Grundsatz eine Gefährdung von Arbeitsplätzen verbunden. Deshalb ist es verständlich, dass insbesondere die IG Metall bei Lohnrunden immer den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im Auge hat. Wenn jedoch durch ein Zukunftsprogramm die Nachfrage nach Industriegütern im Inland deutlich ansteigt, dann kann diese Rücksichtnahme auch in den Hintergrund treten. Fortfallende Beschäftigung im Exportgeschäft wird dann mit Aufträgen durch die Binnennachfrage ersetzt.

**Mit mehr Importen durch eine gestärkte Binnennachfrage und eine Verringerung der Exporte durch mehr Aufträge aus dem Inland kann der Exportüberschuss beseitigt und außenwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden.**

### **Chancen für die richtigen Schritte?**

Die richtigen Schritte um eine Kehrtwende einzuleiten sind: Stopp der Austeritätspolitik, Aufbauprogramme, insbesondere für die Krisenländer, eine stärkere binnenwirtschaftliche Fundierung der deutschen Ökonomie mit deutlich höheren Löhnen und dem Zukunftsprogramm. So kann der Euro gerettet und die Perspektive eines geeinten, friedlichen und solidarischen Europas gewahrt werden.

Eine solche Kehrtwende ist aber nicht absehbar. Gerade in Deutschland ist keine konsequente Stärkung der Binnennachfrage und ein Abbau der Außenhandelsüberschüsse erkennbar. Selbst mit einer Regierung aus SPD und Grünen, die alle Entscheidungen im Bundestag zum Lohn- und Sozialabbau in den Krisenländern mitgetragen haben, wäre kaum eine konsequente Orientierung auf eine Stärkung der Binnenwirtschaft zu erwarten.

Selbst der designierte Arbeits- und Sozialminister einer SPD-Grünen-Regierung, Klaus Wiesehügel – eigentlich ein gewerkschaftlicher Kritiker der Agenda-Politik – verteidigt das Sanktionsre-

gime von Hartz IV. Ohne Beseitigung dieser Disziplinierungspeitsche für Millionen von Beschäftigten werden Lohnsteigerungen oberhalb des verteilungsneutralen Spielraumes sehr unwahrscheinlich. Damit muss mit weiteren erheblichen Außenhandelsüberschüssen Deutschlands gerechnet werden.

Es hat auch kaum eine Wirkung, wenn von dem Ausland oder internationalen Organisationen wie IWF oder OECD höhere Löhne in exportstarken Staaten wie Deutschland gefordert werden. "Mit höheren Löhnen in den Überschussländern könnte für einen symmetrischeren und wirkungsvolleren Ausgleichsprozess gesorgt und zugleich das Wachstum gefördert werden", hatte OECD-Chefvolkswirt Pier Carlo Padoan gesagt. Deutschland gehört zu den Ländern mit den höchsten Exportüberschüssen.

Die Borniertheit und Engstirnigkeit der politischen Klasse, insbesondere der Bundesregierung ist scheinbar durch nichts zu erschüttern.

### **Ausstieg aus dem Euro?**

Bereits seit geraumer Zeit wird in Wissenschaftskreisen – zum Beispiel von Heiner Flassbeck oder von Wolfgang Streeck – über Alternativen jenseits des Euros diskutiert. Auch Oskar Lafontaine hat in Sorge um das europäische Projekt einen Vorschlag gemacht: Die Rückkehr zu nationalen Währungen, die „kontrollierte Abwertung und kontrollierte Aufwertung über ein von der EU getragenes Wechselkursregime“ möglich machen. „Dazu sind im ersten Schritt strikte Kapitalverkehrskontrollen unumgänglich, um die Kapitalströme zu regulieren.“

Jedoch: die Rückkehr zum „Europäischen Währungssystem (EWS)“ dürfte mindestens genauso schwierig durchsetzbar sein wie zum Beispiel der Stopp der Austeritätspolitik. Alleine deshalb macht es wenig Sinn eine vorwärts gerichtete Politik gegen ein Rollback in nationale Währungen auszuwechseln.

Zudem wäre die Forderung nach Rückkehr zum EWS viel schwerer zu kommunizieren, schwerer dafür zu mobilisieren als Forderungen nach höheren Löhnen, nach dem Mindestlohn, gegen Leiharbeit, gegen Befristungen, Minijobs usw. Diese knüpfen an vielfältigen sozialen Ausei-

nersetzungen an und sind deshalb eher vermittelbar. Außerdem birgt die Wiedereinführung des EWS die Gefahr in sich, dass es zu einer schnellen, unkontrollierten Aufwertung einer neuen deutschen Währung käme.

Arbeitsplatzverluste in erheblichem Ausmaße würden drohen.

Dass als Notmaßnahme über den Ausstieg aus dem Euro diskutiert wird, hier in Deutschland, aber auch in den Krisenländern hilft deutlich zu machen, wie verzweifelt die Lage ist. Unstrittig ist auch, dass die Wiedereinführung des EWS mit Kapitalverkehrskontrollen für den Fall des Zerbrechens des Euro-System die bessere Alternative gegenüber einem völlig unkontrollierten Prozess wäre. Aber aus Angst vor dem Tod Selbstmord zu begehen sollte nicht Richtschnur linker Politik sein.

Es bleibt als nach vorne gerichtete Politik für DIE LINKE nur der Kampf um die Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik, vor allem durch deutliche Lohnerhöhungen und einem groß dimensionierten Zukunftsprogramm.

### **Widerstand der Krisenopfer**

Eine Kehrtwende der deutschen Politik von innen heraus ist in der kurzen Frist nicht sehr wahrscheinlich. Teile der Beschäftigten hierzulande sind selbst Opfer neoliberaler Politik und durch Disziplinierungsprozesse in einer politischen Defensive und Apathie paralyisiert. Andere Teile der Beschäftigten stehen besser da, sehen vor allem, dass ihre Lage gegenüber anderen europäischen Ländern sich deutlich stabiler darstellt. Zum Teil sind sie mittels korporativer Politikmodelle eingebunden und selbst Träger sowie Unterstützer des gegenwärtigen deutschen Politikmodells. Dass die Fortsetzung der gegenwärtigen auf Wettbewerbskorporatismus setzenden Politik letztlich droht, in einem großen Crash zu enden und viele Beschäftigte mit zureißen, ist nicht Gegenstand des Alltagswissens.

Wenn die Krisenländer gemeinsam auftreten und sich gegen die vor allem von Deutschland ausgehende Austeritätspolitik wehren würden, bestünden Chancen für eine Änderung der deutschen Politik. Es gibt ein Drohpotenzial: Die

Krisenländer könnten Deutschland mit Ausschluss aus dem Euro drohen oder mit dem gemeinsamen Austritt und der Neugründung einer gemeinsamen Währung. Beides liefe auf das Gleiche hinaus: Die Krisenländer würden damit drohen aus dem Währungsgefängnis auszubrechen. Dies hätte schwerwiegende Folgen denn eine faktische neue deutsche Währung würde massiv aufwerten und die Exportfähigkeit kollabieren. Dies anzudrohen wäre die Waffe der Opfer der deutschen Politik.

Bislang wird sie nicht genutzt, da die Regierungen der Krisenländer selbst den neoliberalen Heilslehren aufsitzen. Hinzu kommt, dass reaktionäre Kräfte, die die jeweiligen nationalen Kapitalinteressen vertreten, Lohn- und Sozialabsenkungen begrüßen. Merkel hat in den Krisenländern auf der Kapitaleseite ihre Bündnispartner.

Selbst die französische Regierung Hollande, die bislang eher noch einen Widerpart gegen Merkel formuliert, scheint langsam einzuknicken und bekundet die Agenda 2010 nach Frankreich zu importieren.

Damit es zu einem wirksamen Widerstand aus den Krisenländern kommt, müssen dort andere Regierungen an die Macht kommen, die sich nicht selbst zum Büttel gegen das eigene Volk machen und die Austeritätspolitik durchsetzen.

Dies wird nur möglich, wenn der Widerstandswille der unterdrückten und geschundenen Völker sich noch stärker Ausdruck verschafft und in zielführenden Strategien bündelt. Eine Wende zum Besseren ist zentral nur durch Druck von Unten zu erwarten.

Am weitesten ist die Entwicklung in Griechenland. Syriza unterlag bei den Wahlen im Juni 2012 nur knapp der Nea Demokratia. Ein Machtwechsel war in greifbarer Nähe und ist bei weiteren Wahlen möglich. Syriza und ihr Vorsitzender Alexis Tsipras werden die von der Troika aufgezwungene Austeritätspolitik nicht fortsetzen. Sie wissen: Wenn die Troika ihre Drohung wahr machen würde und Griechenland weitere Kredite vorenthalten, das Land damit in den Kollaps treiben würde, würde Deutschland am meisten verlieren – seine Milliardenforde-

rungen in zweistelliger Milliardenhöhe. Vor allem aber würde der Druck auf die Zinsen der Länder wie Italien und Spanien zurückkehren. Die schwelende Krise würde wieder akut auflodern. Kein europäischer Rettungsring kann dann helfen, weil diese Länder viel zu groß sind. Mit dem Fall Griechenlands würde letztlich der Zerfall des Euro drohen.

Nicht nur die Griechen müssten die Drachme wieder einführen, sondern auch die Deutschen die D-Mark. Hierzulande würde eine weitere Krisenregion in Europa entstehen. Mit der neuen deutschen Währung würde diese abrupt um 30 bis 40 Prozent aufwerten. Schlagartig wäre die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der deutschen Exportwirtschaft dahin.

Dieser Mechanismus ist auch deutschen Politikern bekannt. Finanzminister Schäuble sagte mir auf die Frage, was geschehe, wenn eine Regierung sich nicht der deutschen Erpressung ergebe: „Die Lage ist wie früher im kalten Krieg. Es herrscht ein Gleichgewicht des Schreckens.“ Der Vergleich ist zwar etwas schräg, Schäuble ist sich jedoch bewusst, dass es sich faktisch um ein brutales Pokerspiel handelt. Bislang saß er immer auf der Seite der Gewinner, auf der Seite derjenigen, die geblufft haben.

### **Der Euro kann gerettet werden ...**

wenn Deutschland zu einer Änderung seiner Politik gezwungen wäre. Dazu müssten die Wähler der Krisenländer Regierungen durchsetzen, die sich dem neoliberalen Diktat der Austeritätspolitik widersetzen. Und in Deutschland würde eine möglichst starke linke Opposition von innen den Druck auf die Agenda-2010-Parteien erhöhen, um dem deutschen Exportextremismus die Zähne zu ziehen.

**Weitere Analysen zur Krise in Europa und insbesondere den Alternativen der LINKEN unter:**

[www.michael-schlecht-mdb.de](http://www.michael-schlecht-mdb.de)

**Dort befindet sich auch eine Powerpoint-Präsentation der Grafiken.**